

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1
Bereich: Büro des Bürgermeisters
Bearbeitet von: Johannes Werthenbach

Siegen, 28.05.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Rat **23.06.2021**

Kurzbezeichnung:

Video-Echtzeitübertragungen der Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse in das Internet

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Übertragung von **Ratssitzungen** im Internet und beauftragt die Verwaltung, die dafür notwendigen Schritte einzuleiten. Gleichzeitig beschließt der Rat, die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus beschließt der Rat die Änderung der Geschäftsordnung gemäß Vorschlag nach Ziffer 2.2.

Sachverhalt / Begründung:

1. Einführung

In seiner Sitzung am 15.12.2020 hat der Rat der Universitätsstadt Siegen die Verwaltung beauftragt zu prüfen, unter welchen rechtlichen wie technischen Voraussetzungen Sitzungen des Rates und der Ausschüsse in Echtzeit ins Internet übertragen und die Aufzeichnungen als Videomitschnitte auf der Internetseite der Stadt Siegen zum Abruf bereitgestellt werden können. Bereits im Jahre 2011 wurde diesbezüglich eine umfangreiche Vorlage erstellt. Dem Grunde nach hat sich seit dem keine grundlegende rechtliche Veränderung ergeben. Gleichwohl wird verwaltungsseitig nachfolgend wiederholt eine Würdigung vorgenommen. Vorangestellt wird insofern eine grundlegende Einordnung, bevor auf die einzelnen rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen eingegangen wird.

Ein hohes Gut der kommunalpolitischen Debatte ist die Öffentlichkeit. Die Sitzungen des Rates wie auch der Ausschüsse sind Grundlage, um als Einwohner an der politischen Be-

schlussfassung teilzunehmen und sich aus erster Hand über politische Willensbildungsprozesse zu informieren. Ergänzt wird die Information durch eine Berichterstattung über den Sitzungsinhalt in den Medien. Darüber hinaus wird durch das Referat Medien- und Öffentlichkeitsarbeit regelmäßig zu aktuellen Themen aus den Sitzungen berichtet. Wesentlich ist das Ratsinformationssystem, mithilfe dessen verfolgt werden kann, welche Punkte aktuell in den Gremien beraten werden.

Eine Liveübertragung bzw. späteres Abrufen von Gremiensitzungen stellt insofern eine Erweiterung des Informationsangebotes für Bürgerinnen und Bürger dar, dem sich die Verwaltung dem Grunde nach offen gegenüber, auch vor dem Hintergrund des Aspektes „Digitale Verwaltung“, zeigt. Gleichwohl sind in die Abwägung weitere Aspekte einzubeziehen, die nachfolgend erörtert werden. Insbesondere sind dies rechtliche, technische, finanzielle und organisatorische Aspekte.

2. Rechtliche Aspekte

2.1 Persönlichkeitsrecht/Datenschutzvorschriften

Eine Video- und Tonaufzeichnung wie auch die anschließende dauerhafte Bereitstellung der selbigen greift in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ein, das von dem in Art. 2 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG verankerten allgemeinen Persönlichkeitsrecht umfasst wird. Insofern wird dadurch jedem Einzelnen garantiert, selbst darüber zu bestimmen, wie er selbst mit der Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten verfährt. Insofern wäre die vorherige Einwilligung der Beteiligten einzuholen oder durch technische Möglichkeiten sicherzustellen, dass diejenigen, die nicht eingewilligt haben, ausgeblendet werden oder erst gar nicht erst eingeblendet werden wie beispielsweise Zuhörer. Dem Grunde nach ist aber zunächst von einer Betroffenheit aller Sitzungsteilnehmenden auszugehen, also Ratsmitglieder, Verwaltungsmitarbeiter, geladene Referenten, Zuschauer, sowie Presse. Ein Widerspruch einzelner Personen führt dazu, dass sichergestellt werden muss, dass keine personenbezogenen Daten der betreffenden Personen verarbeitet werden.

Die nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) i. V. m. Art. 7 DSGVO notwendige Einwilligung ist nach Art. 4 Ziffer 11 Datenschutzgesetz NRW (DSG NRW) definiert:

"Einwilligung" der betroffenen Person ist jede freiwillig für den bestimmten Fall, in informierter Weise und unmissverständlich abgegebene Willensbekundung in Form einer Erklärung oder einer sonstigen eindeutigen bestätigenden Handlung, mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist."

Wichtig zu erwähnen ist, dass die erteilte Einwilligung widerrufen werden kann (Art. 7 Abs. 3 DSGVO, § 38 Abs. 3 DSG NRW).

Insofern ist es zielführend, die schriftliche Einwilligung der betroffenen Personen einzuholen, insbesondere der Ratsmitglieder und der Mitarbeiter der Verwaltung. Eine Einwilligung der Zuhörer oder der Pressevertreter wäre dann notwendig, wenn nicht durch technische Möglichkeiten eine Aufnahme ausgeschlossen werden kann.

Unterm Strich ist sowohl die Live-Übertragung wie auch der nachgelagerte Abruf von Gremiensitzungen unter den o.a. Voraussetzungen aus datenschutzrechtlicher Sicht möglich.

2.2 Kommunalrechtliche Regelungen

Unter anderem maßgeblich für Rats- und Ausschusssitzungen ist § 48 GO NRW. Gemäß Abs. 2 sind die Sitzungen des Rates öffentlich, dies gilt gleichermaßen für die Ausschüsse, die der Rat gebildet hat. Nur in besonderen, in der Geschäftsordnung abschließend aufgeführten Fällen kann die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Abgeleitet wird der Öffentlichkeitsgrundsatz durch Art. 20 Abs. 1 GG. Ausführungen zur Zulässigkeit von (Live-)Video- und Audioübertragungen von Sitzungen hat der Landesgesetzgeber in der Gemeindeordnung nicht gemacht, vielmehr überlässt er es der kommunalen Vertretung dahingehend weitere Einzelheiten in der Geschäftsordnung zu regeln. Derzeit sieht die Geschäftsordnung des Rates diese Möglichkeit nicht vor, so dass eine Änderung wie folgt vorzunehmen ist:

Neufassung neuer § 5 (2) Öffentlichkeit:

Jeder öffentliche Teil der Sitzungen des Rates wird in Bild und Ton aufgenommen und zeitgleich im Internet übertragen sowie anschließend dauerhaft zum nachträglichen Abruf im Internet zur Verfügung gestellt (Rats-TV). Die Übertragung und die Aufzeichnung sind gemäß den datenschutzrechtlichen Bestimmungen nur zulässig mit dem Einverständnis der davon betroffenen Personen. Diese haben das Recht, jederzeit und ohne Angabe von Gründen, ihre freiwillige Einverständniserklärung zu widerrufen. Der Zuschauerbereich sowie Personen, die keine Einverständniserklärung erteilt haben, werden nicht aufgenommen.

2.3 Sonstige Regelungen

Sofern Verwaltungsmitarbeitende aufgezeichnet werden, ist ggf. die Einbindung des Personalrates notwendig.

2.4 Zusammenfassung

Die (Live-)Video- und Audioübertragung von Rats- und Ausschusssitzungen ist unter Beachtung der o.a. Rahmenbedingung rechtlich möglich. Besonders zu beachten ist,

- die schriftliche Einwilligung jeder betroffenen Person,
- dass bei fehlender Einwilligung gewährleistet sein muss, dass weder Bild noch Ton von der betroffenen Person übertragen werden dürfen,
- dass eine Anpassung der Geschäftsordnung des Rates erfolgen muss.

3. Technische Umsetzung

Für die Aufzeichnung bzw. Übertragung und Konservierung von Rats- und Ausschusssitzungen sind die derzeit eingesetzten technischen Komponenten nicht geeignet. Insofern sind Überlegungen anzustellen, wie die technische Umsetzung erfolgen kann ausgehend von der Annahme, dass nach Rückkehr zur Normalität die überwiegenden Gremiensitzungen im Ratssaal in Geisweid stattfinden. Der Kreis Siegen-Wittgenstein führt in seiner Vorlage [Drucksache 121/2021](#) aus, das sich für diesen Raum anbietet, zwei stationäre Kameras (auf Stativ) für das Plenum einerseits und die Sitzungsleitung anderes zu installieren. Nach Rücksprache mit den Verantwortlichen der Siegerlandhalle geht deren Einschätzung noch ein Schritt weiter.

Um alle mit der Aufnahme/Streaming einverstanden Mitglieder zu erfassen, wird neben dem Einsatz von festen Kameras, vorgeschlagen, auch eine mobile Kamera einzusetzen. Derzeit ist die Praxis so, dass die Mitglieder von ihrem jeweiligen Sitzplatz und nicht von einem zentralen Rednerpult aus sprechen. Daher dürfte davon auszugehen sein, dass im Hinblick auf die Raumsituation und die Sitzordnung neben zwei stationären Kameras mindestens eine weitere bewegliche Kamera benötigt würde. Dabei ist es nach Auffassung der Verwaltung dienlich, bei dieser dritten Kamera diese ebenfalls stationär anzubringen, die jedoch von einem festen Standort aus gesteuert werden kann (durch drehen und zoomen). Bei allen Varianten kann der Ton zum Bild über die mobile Sprechanlage übernommen werden, sofern entsprechende technische Voraussetzungen gegeben sind. Dies ist bei entsprechendem Beschluss weiter zu klären.

Erforderlich ist ein professioneller Regieplatz mit Bildmischer, an dem der gewünschte Bildausschnitt und der Ton zusammengeführt wird, beim Kamerawechsel das jeweilige Bild aus- und eingeblendet und auch weitere Quellen eingebunden werden, also z.B. Power-Point Präsentationen (Bild-in-Bild-Variante), Namenseinblendung oder die Einblendung des aktuellen Tagesordnungspunktes. Sofern externe Referenten über Web-Portale (Zoom, WebEx etc.) zugeschaltet werden müssen, erhöht sich der Aufwand weiter (zusätzlicher Rechner, erweiterter Bildmischer, Tonsignal etc.), sodass diese Leistung im Bedarfsfall gesondert kalkuliert werden muss. Wichtig ist auch hier zu prüfen, ob die Bandbreite der Internetleitung für die beiden, dann parallel genutzten Dienste ausreicht. In dieser Richtung sollte jedoch weiter gedacht werden, um letztlich auch den Zusehern eine Abwechslung anzubieten.

Aus dieser Bildregie wird dann auch ein eventueller Livestream gesteuert. Dieser wird auf eine dafür geeignete Plattform übertragen und ein entsprechender Link auf die Homepage übernommen werden. Das Video-/Audiosystem müsste für den Fall, dass die Sitzungen in wechselnden Räumlichkeiten durchgeführt werden, eine gewisse Variabilität besitzen. Für ein Live-Streaming ist außerdem ein störungsfreies, kabelgebundenes Internet vor Ort mit mindestens 6 Mbit konstanter Upload-Geschwindigkeit notwendig (idealerweise mit einer Back-up-Lösung).

Nach Auskunft der Südwestfalen-IT ist grundsätzlich geplant, das Rathaus Geisweid im Laufe des Jahres 2021 mit einem leistungsfähigen Glasfaseranschluss zu versehen, sodass davon ausgegangen werden kann, dass zumindest perspektivisch die erforderliche Upload-

Geschwindigkeit verfügbar sein sollte. Dies müsste aber zeitnah mit der ZGW hinsichtlich der Anbindung des Ratssaals thematisiert werden.

Derzeit sind weder die technischen noch die personellen Ressourcen zur Durchführung eines Videostreaming-Angebotes vorhanden. Da eine Hard- und Softwarebeschaffung unter Berücksichtigung der zu erwartenden Anzahl an zu unterstützenden Sitzungen wirtschaftlich eher nicht sinnvoll erscheint, wäre grundsätzlich die Beauftragung eines externen Dienstleisters empfehlenswert.

4. Kosten

Eine unverbindliche Preisanfrage bei einem Dienstleister hat ergeben, dass die entstehenden Kosten in erster Linie von der Anzahl der eingesetzten Kameras abhängen. Unter Berücksichtigung der oben dargestellten Rahmenbedingungen und den technischen Voraussetzungen wäre bei einem Einsatz von zwei stationären Kameras (einschl. Bildregie) mit Kosten in Höhe von ca. 1.400 € (netto) für eine Sitzung mit einer Dauer von ca. drei bis vier Stunden zu rechnen. Die Kosten erhöhen sich auf bis zu ca. 2.500 € (netto) pro Sitzung, wenn mit drei Kameras gearbeitet werden soll.

Davon ausgehend, dass in erster Linie alle Sitzungen des Rates mithilfe von drei Kameras übertragen werden sollen, beläuft sich der einzukalkulierende Aufwand auf rund 25.000 Euro (netto) jährlich bei Übertragung von ca. 10 Sitzungen.

Bei der Nutzung der Siegerlandhalle würden weitere Aufwendungen entstehen, die nicht bei der o.a. Preisanfrage berücksichtigt worden sind. Ebenso ist nicht auszuschließen, dass aufgrund technischer Notwendigkeiten weitere Aufwendungen entstehen.

5. Sonstige Hinweise

Abschließend sollen noch folgende Hinweise gegeben werden, die in Teilen bereits in der Vorlage genannt sind:

- Die Debattenkultur soll erhalten bleiben. Insofern der Vorschlag dahingehend, dass wie bisher Wortbeiträge vom Sitzplatz aus erfolgen.
- Angedacht ist, Indexmarken zu setzen, damit bereits während des Livestreams zurückgesprungen werden kann.
- Der Datenschutz wird vollumfänglich gewährleistet für die Zuschauerinnen und Zuschauer, Personen ohne Einwilligung, ...
- Abruf der vollständigen Aufzeichnung nach Möglichkeit zeitnah nach Beendigung des Livestreams unter Berücksichtigung etwaiger Nachbearbeitungen.
- Einbindung in die Internetseite der Stadt.
- Sofern technisch möglich die Verknüpfung mit dem eingesetzten Ratsinformationssystem.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
siehe oben, bisher stehen keine HH-Mittel zur Verfügung	siehe oben	komplett		

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

gez.

Steffen Mues
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.